

Stammbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Werbenotiz angeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

## Im Kampf um den Völkerfrieden.

### Die Genfer Formel noch nicht angenommen.

Genf, 8. September.

Die in den Stundenlangen Beratungen der drei Hauptdelegationen und ihren Juristen zustandgekommene Antikriegserklärung lautet:

Die Versammlung anerkennt die Solidarität, die die internationale Gemeinschaft vereinigt; sie ist fest entschlossen, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern; sie nimmt zu Protokoll, daß Krieg niemals als ein Mittel zur Regelung von Konflikten zwischen Staaten gebraucht werden darf, und daß insoweit ein Angriffskrieg ein internationales Verbrechen bedeutet; sie ist der Ansicht, daß ein feierlicher Versicht auf jeden Angriffskrieg die Wirkung haben würde, eine Atmosphäre allgemeinen Vertrauens herzustellen, die den Fortschritt der im Hinblick auf die Abklärung unternommenen Arbeit begünstigt. Die Versammlung erklärt folgendes:

1. Jeder zur Lösung internationaler Konflikte unternommene Krieg ist und bleibt verboten.
2. Alle internationalen Streitigkeiten müssen durch friedliche Mittel entschieden werden.

V. Sch. Genf, 8. September. (Eigenbericht.)

Die große Aktion zugunsten des Friedens ist heute vormittag noch nicht erfolgt. Wohl hat sich Chamberlain nach telephonischer Rücksprache mit Baldwin seine Zustimmung gesichert. Scialoja dagegen ist erst in Verbindung mit Mussolini getreten und Sokal erwartet noch Antwort aus Warschau. Man weiß zurzeit noch nicht, ob diese verschiedenen Ermächtigungen, die übrigens nicht zweifelhaft sind, so schnell in Genf einlaufen werden, daß bereits in der heutigen Nachmittagsitzung das große Ereignis stattfinden kann. An sich ist dieses Zögern nur bei den Polen verständlich, die der Bestätigung ihrer eigenen Schöpfung ihren Namen geben sollen. Offiziell wird die Erklärung geheimgehalten. Aber jedermann weiß schon sehr, daß sie eine platonische Geste darstellt, eine grundsätzliche Verwerfung des Angriffskrieges, ohne Differenzierung des Angreifers, ein Bekenntnis zur friedlichen Regelung der Konflikte, ohne Präzisierung der Mittel und der gegenseitigen Verpflichtungen. In Wirklichkeit bedeutet die neue Deklaration in keiner Weise irgendeinen Fortschritt gegenüber dem Völkerbundsstatut. Sie bedeutet aber einen entscheidenden Rückschritt gegenüber dem Genfer Sicherheitsprotokoll von 1924.

Die neue Deklaration enthält nur Selbstverständlichkeiten, deshalb mußte Deutschland dafür stimmen und die deutsche Delegation hat ihr auch einmütig zugestimmt. Man kann nicht gegen eine Erklärung stimmen, durch die der Krieg als verwerflich erklärt und ein Bekenntnis zu friedlichen Mitteln abgelegt wird. Das ist auch der Standpunkt der sozialdemokratischen Vertreter und der deutschen Delegation. Eine andere Frage ist, ob man diesem Schritt irgendeine praktische Bedeutung beilegt und ob man der Methode zustimmt, die die Großmächte unter Führung der englischen konservativen Regierung wieder einmal angewandt haben, um das Bedürfnis der kleinen Staaten nach wirksamen Friedensgarantien auf neue zu enttäuschen.

### Polen gegen den Entwurf.

Genf, 8. September.

Die polnische Delegation leitete gestern mit, daß ihre juristischen Sachverständigen den vom juristischen Komitee gestern abend ausgearbeiteten Resolutionsentwurf nicht als annehmbar erklärt hätten. Die polnische Delegation wartet gegenwärtig neue Instruktionen der polnischen Regierung ab, die nicht vor Freitagfrüh in Genf erwartet würden.

Die Abänderungen, die das juristische Komitee gestern vorgenommen habe, bedeuteten nach polnischer Auffassung eine völlige Umgestaltung des ursprünglichen Vorschlages, so daß die polnische Delegation dem gegenwärtigen Entwurf nicht ihre Zustimmung geben könne.

Der polnische Delegierte Sokal, der auf der Rednerliste der heutigen Versammlung steht, wird jedoch seine Ablehnung von der Rednerliste beantragen.

### Griechische Beredsamkeit.

V. Sch. Genf, 8. September. (Eigenbericht.)

In der heutigen Vormittagsitzung war der Andrang viel stärker als bisher. Vielleicht hatten manche die „große Sensation“ für heute schon erwartet, vor allem dürfte aber der zum Wort gemeldete Vertreter Griechenlands, Politis, diese Anziehungskraft ausgeübt haben. Dieser in Frankreich erzogene Grieche ist einer der glänzendsten Redner und einer der klügsten Köpfe. Er ist einer der neuesten Entwicklung sagen würde. Die Zuhörer wurden in rhetorischer Hinsicht nicht enttäuscht, denn fast eine Stunde hielt Politis den gefüllten Saal im Bann seiner Beredsamkeit. Aber Griechenland kandidiert auch für die Ratswahlen, und so mußte Politis auch eine Kandidatenrede halten, das heißt möglichst nach keiner Seite anstoßen, weder bei den englischen Konservativen, noch bei den kleinen Staaten. So führte er einen virtuosen Eieranz auf, zunächst ein warmes Bekenntnis zum Genfer Protokoll, das jedoch seiner Zeit vorausgerückt sei. Das Protokoll entsprach der Begeisterung seiner Schöpfer, aber nicht dem Reifegrad des politischen Weltwissens. Es ist zwar nicht tot, aber der Augenblick ist nicht gekommen, es zu wecken. Denn die Hindernisse sind einseitig nicht beseitigt. (Vid.: Die konservative Herrschaft in England.)

Die Zeiten, so fährt Politis fort, sind eben noch nicht reif. Man muß Geduld zu warten verstehen. Dann wandte sich Politis dem neuen Plan zu, den er im voraus treffend kritisierte. Man wolle den Angriffskrieg verurteilen, ohne den Angreifer zu definieren und ohne die Sanktionen gegen den Friedensstörer zu präzisieren.

Dann aber beiläufig der Kandidat, zu den Ratswahlen seine Verbeugung vor den Großmächten zu machen. Trotzdem werde diese neue Erklärung einen moralischen Wert haben, ähnlich, wie bei der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zuerst die Menschenrechte proklamiert und sie erst später in Gesetzesform verankert worden seien.

In einem rednerisch glänzenden Schluß verglich Politis den Völkerbund mit den Pflanzen, deren Nährstoffe mit jedem neuen Tage unheilbar steigen.

### England redet von Deutschland — und meint sich.

London, 8. September.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Chamberlains energische Weigerung, jeden sogenannten Sicherheitsplan zu erwägen, der die militärischen und anderen auswärtigen Verpflichtungen Großbritanniens vergrößern würde, hat zweifellos die Mächte erregt, die gehofft hatten, im voraus die britischen Streitkräfte, das britische Schahamit und den britischen Steuerzahler einzuspannen. Es hat den Anschein, als ob ihre Enttäuschung darüber eine neue „Protokolloffensive“ ausgelöst hat. Der Korrespondent wendet sich gegen den holländischen wie gegen den polnischen Vorschlag und bemerkt, der polnische habe einen besonderen Zweck, der nicht länger verheimlicht werde. Er sei dazu bestimmt, schließlich mit der Frage der Rheinlanderräumung verknüpft zu werden. Deutschland solle in eine Lage verjagt werden, in der es nicht hoffen könnte, selbst durch legitime friedliche Mittel unter Artikel 19 der Satzung eine Aenderung seiner Ostgrenzen zu erhalten. Die Schließung der Güde in Art. 15 der Völkerbundsatzung, bevor Art. 19 der Satzung geltend gemacht werden könne, würde Art. 19 jedes praktischen Wertes berauben. Er würde dazu bestimmt sein, ausschließlich die siegreichen Mächte, die „beati possidentes“ zu begünstigen, indem im voraus als Angreifer alle die Mächte gebrandmarkt würden, die nach vergeblichen Versuchen, Abhilfe für Beschwerden zu erhalten, die in manchen Fällen von der Außenwelt als berechtigt erachtet würden, schließlich zur Drohung mit Waffengewalt oder, deren tatsächlicher Anwendung greifen würden. Der polnische Plan bezwecke, wie sehr sowohl seine polnischen Urheber als auch seine Pariser Anhänger bereitwillig zugäben, eine deutsche Weigerung, die gewünschte Verpflichtung zu unterschreiben, als Zeichen aggressiver Absichten hinzustellen, welche die Verlängerung der Rheinlandbesetzung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt notwendig mache. Es sei daher nicht überraschend, daß Brian unter diesen Umständen es abgelehnt habe, sich dem Vorschlage Sokals anzuschließen.

### Gewerkschaftsbruch mit Rußland.

Uebervältigende Mehrheit des englischen Gewerkschaftskongresses gegen Moskau.

Edinburgh, 8. September.

Der Vorschlag des Generalsrats der Gewerkschaften, die Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften abzubauen, wurde auf dem Gewerkschaftskongress durch die Vertreter von 2 1/2 Millionen Arbeiter gebilligt. Die Delegierten der Minderheit vertreten 620 000 Arbeiter.

### Handelskonferenz in Südamerika.

Hilferding als erster Redner.

Rio de Janeiro, 8. September.

Die Interparlamentarische Handelskonferenz wurde hier eröffnet. Annähernd 200 Delegierte aus 44 Ländern nehmen daran teil. Nach der Begrüßungsansprache des brasilianischen Außenministers nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Hilferding als erster Redner das Wort. In deutscher Sprache dankte er für die brasilianische Gastfreundschaft und betonte die für eine friedliche Entwicklung der Wirtschaft notwendige Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Nationen untereinander. Er verlangte den Abbau der Handelsbeschränkungen. Nach ihm sprachen die Vertreter Argentiniens, Belgiens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Italiens, Englands und Japans. Heute haben die Kommissionssitzungen begonnen.

### Abzug englischer Kreuzer.

Heimkehr aus China.

London, 8. September.

Der englische Kreuzer „Dolphin“ wird von der chinesischen Station zurückgezogen und tritt am Freitag seine Reise nach England an. Ihm folgt das Flugzeugmuttergeschiff „Hermes“ und im November der Kreuzer „Trobisher“.

## Das Schicksal der Krisenfürsorge?

Ihr Fortbestehen ist notwendig.

Am 1. Oktober tritt das Gesetz über die Krisenfürsorge für Erwerbslose außer Kraft. Die Uebergangsbestimmungen des alsdann in Kraft tretenden Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sehen jedoch vor, daß Arbeitslosen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Erwerbslosenunterstützung oder Krisenunterstützung beziehen, zunächst Arbeitslosenunterstützung fortgewährt wird, ohne daß es eines ausdrücklichen Antrags bedarf. Der Arbeitsnachweis hat unverzüglich zu prüfen, ob die Arbeitslosenunterstützung nach dem neuen Gesetz fortgewährt werden kann. Dabei genügt für die Erfüllung der Anwartschaftszeit eine dreimonatige versicherungspflichtige Beschäftigung.

Neben dieser Erleichterung für den Unterstützungsanspruch sehen die Uebergangsbestimmungen ferner vor, daß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes, also bis zum 31. März 1928, die Unterstützung mindestens in der Höhe und Dauer zu gewähren ist, wie sie die Arbeitslosen erhalten würden, wenn die Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge in Kraft geblieben wären. Hat jedoch der Arbeitslose auf Grund des neuen Gesetzes Anspruch auf höhere Versicherungsleistungen, so ist ihm diese Unterstützung auf seinen Antrag hin zu gewähren. Der Vorstand der Reichsanstalt bestimmt den näheren Zeitpunkt; der Anspruch besteht spätestens vom 1. Dezember 1927. Die Dauer der Unterstützung richtet sich dann aber auch nach den neuen gesetzlichen Vorschriften.

Durch diese Uebergangsbestimmungen ist sichergestellt, daß für die gegenwärtigen Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge bis zum 31. März 1928 keine Verschlechterung sowohl hinsichtlich der Dauer wie der Höhe der Unterstützung möglich ist.

Damit ist jedoch noch nicht die Frage entschieden, ob auf eine neue Krisenfürsorge verzichtet werden kann. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung enthält in seinem § 101 die zwingende Vorschrift, daß der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt in Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zuzulassen hat. Es ist also zu prüfen, ob die hier erwähnten Voraussetzungen für die Einführung einer neuen Krisenfürsorge vorliegen.

Nach den amtlichen Ausweisen vom 15. August beziffert sich die Gesamthöhe der Hauptunterstützungsempfänger, bestehend aus Unterstützungsempfängern in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge wie aus Notstandsarbeitern in beiden Fürsorgezweigen, auf 688 367. So hoch diese Zahl der Unterstützungsempfänger immer noch ist, sie spiegelt keineswegs in vollem Umfange die tatsächlich immer noch vorhandene besonders ungünstige Arbeitsmarktlage wider. Das tatsächliche Arbeitslosenheer ist wesentlich größer als in den Ausweisen über die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge zum Ausdruck kommt, weil ein erheblicher Teil der Arbeitslosen aus den verschiedensten Gründen von der Fürsorge ausgeschlossen ist. Diese wesentlich ungünstigere Arbeitsmarktlage kommt in den regelmäßigen Arbeitsmarktberichten, die das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht, zum Ausdruck. In Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes vom 20. August wird die Zahl der Arbeitsuchenden am Schlusse des Monats Juli mit 1 036 933 angegeben, während die Zahl der offenen Stellen nur 80 873 betrug. Danach kamen also auf eine offene Stelle 13 Arbeitsuchende.

Dieser Gesamtdurchschnitt läßt jedoch den Arbeitsmarkt immer noch in einem viel zu günstigen Licht erscheinen. Das wird hervorgerufen durch die saisonbedingte außerordentlich gute Arbeitsmarktlage in der Land- und Forstwirtschaft. Die Aufteilung der Arbeitsuchenden und offenen Stellen nach Berufsgruppen zeigt, daß rund 16 000 Arbeitsuchenden in der Land- und Forstwirtschaft rund 41 000 offene Stellen gegenüberstehen. Ueber die Hälfte aller überhaupt vorhandenen offenen Stellen entfällt also auf die Land- und Forstwirtschaft. Läßt man die Zahl der Arbeitsuchenden und offenen Stellen aus der Land- und Forstwirtschaft weg, um ein zutreffenderes Bild für den gesamten übrigen Arbeitsmarkt zu erhalten, so ergibt sich, daß auf eine offene Stelle 26 Arbeitsuchende entfallen. Daraus geht deutlich hervor, daß der erhebliche Rückgang der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge nicht über den immer noch vorhandenen Ernst der Arbeitsmarktlage hinwegtäuschen darf.

Die immer noch andauernde besonders ungünstige Arbeitsmarktlage wird bestätigt bei einem Vergleich mit dem Höchststand der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in vergangenen Jahren. So war der Höchststand im Jahre 1920 454 775, im Jahre 1921 426 600. Das Jahr 1922 weist nur einen Höchststand von 212 528 aus; es war das günstigste Arbeitsmarktlage, denn die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sank bis auf 11 671. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist gegenwärtig also immer noch wesentlich größer als der Höchststand in früheren Jahren.

Noch charakteristischer für die gegenwärtige Arbeitsmarktlage sind jedoch die Zahlen über die Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Unterstützungsempfängern in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge. Sie beleuchten am eindringlichsten die ungünstige Arbeitsmarktlage und zeigen, wie ungewohnt schwer es immer noch für einen großen Teil der Arbeitslosen



ist, Arbeit zu finden. Folgende Entwicklung ist seit Anfang dieses Jahres bei den unterstützten langfristigen Erwerbslosen festzustellen:

	Erwerbslosenfürsorge		Arbeitslosenfürsorge	Insgesamt
	über 26-39 Woch.	39-52 Woch.		
15. Januar	348.865	263.257	135.448	747.570
15. Februar	314.692	255.520	191.755	761.967
15. März	261.834	221.661	223.263	706.757
15. April	198.682	168.835	234.270	598.787
15. Mai	150.143	126.333	226.023	502.499
15. Juni	121.508	100.756	208.619	430.883
15. Juli	100.273	78.275	181.250	359.807
15. August	88.219	63.715	156.473	308.407

Nach dem Stand vom 15. August waren danach mehr als die Hälfte aller direkten Unterstützungsempfänger bereits über 26 Wochen arbeitslos. Berücksichtigt man weiter, daß sich unter den 111.530 Arbeitslosen überwiegend langfristige Erwerbslose finden, so ist das Verhältnis der langfristigen Erwerbslosen zur Gesamtzahl aller Unterstützungsempfänger noch wesentlich ungünstiger.

Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besteht der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung für insgesamt 26 Wochen; der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann die Höchstdauer bei besonders ungünstigem Arbeitsmarkt über 26 Wochen hinaus auf 39 Wochen ausdehnen. Angesichts der gekennzeichneten Lage des Arbeitsmarktes wird es die Aufgabe des Verwaltungsrates sein, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Aber auch das allein ist noch nicht ausreichend. Ebenso dringend und unabwendbar ist die Erhaltung der Arbeitslosenfürsorge, damit auch in Zukunft die langfristigen Erwerbslosen und jene, die nur eine versicherungspflichtige Beschäftigung von 13 Wochen nachweisen können nicht schlechter gestellt sind. Die notwendigen Vorarbeiten müssen schon jetzt in Angriff genommen werden.

## „Ein Gott, ein Recht, ein Kaiser!“

Zur Diskussion Braun-Koch.

Die Antwort, die der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, gestern in Altona dem deutschnationalen Reichsverkehrsminister Koch auf seine Stettiner schwarzweißrote Provokationsrede erteilt hat, wird von der deutschnationalen Presse mit wildem Wutgeschrei ausgenommen. Das war nicht anders zu erwarten. Aber wichtiger als Erörterungen über den Ton der Polemik scheint uns eine nochmalige Betrachtung der Veranstaltung zu sein, die den Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung bildet. Daß sie sich als deutschnationaler Parteiveranstaltung durchaus in schwarzweißem Rahmen, mit zwanzig schwarzweißroten Fahnen und schwarzweißrot beschnittenen Ehrenjungfrauen abgepielt hat, ist selbstverständlich. Darüber hinaus aber handelte es sich um eine offenkundige Kundgebung gegen die Republik und für die Monarchie, Urkund dessen der gewiß unverdächtige Bericht der „Pommerschen Tagespost“ (Nr. 208 vom 6. September) worin es heißt:

Den Reigen der Glückwünschenden eröffnete die Vertreterin der Frauengruppe des Deutschnationalen Arbeiterbundes, die einen Wimpel in den Pommerschen Farben als Symbol der Grenzmark überreichte. Fahnenmägel und Glückwünsche überbrachten weiter die Arbeitnehmergruppen des Pommerschen Landbundes von Stettin, Randow und Raugard, der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Wertvereine, Bezirk Stettin, die Ortsgruppe Gollnow des Deutschnationalen Arbeiterbundes, der Reichsverband Schwarzweißrot, der Verein ehemaliger Gardisten Grabow, die Bismarcktreuen Mark Graf Westarp, Stettin, der Deutschnationaler Arbeiterbund Raugard, sowie der Hauptvorstand des Deutschnationalen Arbeiterbundes Berlin, dessen Vertreter Lindner seinem Gruß die Worte:

„Ein Gott, ein Recht, ein Kaiser!“

voranlesete. Wir haben den unverbrüchlichen Willen, so fuhr er fort, den Sieg für unser Volk, die Freiheit, zu gewinnen, und wir haben

die feste Hoffnung, daß die alten treuen Kommern in diesem Kampfe ihren Mann stehen werden. Mit dieser Hoffnung wollen wir den Kampf wagen, der uns im nächsten Jahre vielleicht mit besonderer Schärfe verordnet ist. Wir wollen die Massen der deutschen Arbeiterschaft mobil machen für des Volkes Freiheit. Hoffen wir, daß unser Bemühen von Erfolg begleitet ist, damit wir wieder wie einst singen können: „O, Deutschland hoch in Ehren!“

In seiner folgenden Rede legte der Minister Koch mit folgenden Worten sein eigenes Bekenntnis zur Monarchie ab:

Die Deutschnationalen haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß der gegenwärtige Aufbau des Staates nicht ihren Anschauungen entspricht. Es ist aber falsch, ihnen deswegen Zwiempältigkeit des Gewissens vorzuwerfen. Sie halten sich in Ausübung der übernommenen Ämter gewissenhaft an die Vorschriften der Reichsverfassung, unbeschadet der Fortführung des Kampfes der Geister über die endgültige Bestimmung des Reiches. Die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, auch innerhalb der Republik mit Hand anzulegen, um die Schwierigkeiten der Gegenwart zu überwinden, sollte von ihren innerpolitischen Gegnern rühmende Anerkennung finden.

Also die Republikaner sollen den Monarchisten noch die Hand dafür rücken, daß sie so gnädig sind, zu regieren!

Der Reichsverkehrsminister Koch der Bürgerblockregierung Marx hat am Sonntag in Stettin als Hauptredner bei einer monarchistischen Kundgebung fungiert. Er hat, umgeben von einem Wald schwarzweißroter Fahnen die Flagge der Republik verächtlich als „Parteiabgabe“ abgehan. Und wenn dann ein republikanischer Ministerpräsident der Republik über diesen unerhörten Skandal ein paar treffende Worte sagt, schreit die Monarchistenpresse „Skandal!“ — und meint damit die Rede des republikanischen Ministers.

Eine Gesellschaft, die so handelt, hat kein „zweipältiges Gewissen“ sondern überhaupt keines. Und wenn Herr Lindner meint, daß uns im nächsten Jahre „ein Kampf mit besonderer Schärfe verordnet ist“, so wird das deutsche Volk hoffentlich wissen, was diesen Leuten bei den kommenden Wahlen zu verordnen ist: eine noch nie dagewesene Tracht Prügel!

## Stahlhelm unterm Kreuz.

Die Kirche als Wehestätte für Stahlhelmfahnen.

Uns wird geschrieben: Das stille Heidedorf Mitzel in der Oberlausitz hatte jetzt seinen Stahlhelmtag. Es wäre nicht nötig, auch nur ein Wort über den Kummel zu reden, der sich jetzt hier in verstärktem Maße bemerkbar macht, wenn nicht die Art und Weise der Fahnenweihe einzig dastehen würde.

Daß die Kirche durch ihre Vertreter, die Geistlichen, vielfach den Segen zu solchen Weihen gibt, ist ja schon hinlänglich bekannt und braucht nicht mehr besonders erwähnt zu werden. Aber was da in Mitzel vor sich ging, ist ein großer Skandal. Der Stahlhelmpastor, „Kamerad Berg“-Bauhen, wie es in dem Programm heißt, hatte die Weiserede übernommen, und die Weihe fand in der Kirche vor dem Altar statt. Ob mit oder ohne Genehmigung der Kirchenbehörde, kann dahingestellt bleiben. Der brave Stahlhelmpastor führte unter anderem aus:

„Es ist erfreulich, daß in der Kirche die Einsicht kommt, daß der Stahlhelm nicht der schlechteste Bundesgenosse ist. Mit den schwarzweißroten Farben zur Freiheit, mit den anderen Farben in die Knechtschaft!“

Solche Worte eines Dieners der vom Staat unterstützten Kirche müssen alle aufrichtigen Republikaner verletzen, die der Kirche angehören. Wer aber gibt diesem Pastor das Recht, die Kirche zu staatsfeindlicher reaktionärer Propaganda zu mißbrauchen?

Das Zentralkomitee ist zum 15. Oktober nach Moskau einberufen.

## Der Fall Eisele — Wirth.

Nichtisagende Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 8. September.

Der höchst sonderbare Fall, daß der Presschef der bayerischen Regierung, Dr. Eisele, den ehemaligen Reichszentralrat Dr. Wirth und andere führende Zentrumskräfte in einer deutschen Zeitung in Brasilien auf schwerste verdächtige und beschimpfende, hat drei Zentrumsabgeordnete im Bayerischen Landtag zur Frage an die Regierung veranlaßt, ob sie dieses Verhalten ihres Presschefs billige und was sie zu tun gedente, um dieses Tun und Treiben in Zukunft zu unterbinden. Ministerpräsident Dr. Held hat nunmehr den Herren persönlich die Antwort erteilt. Sie ist rein formal richtig und erklärt, daß die bayerische Regierung vor dem Erscheinen des Artikels keine Kenntnis von ihm hatte und die an die Veröffentlichung sich knüpfenden Auseinandersetzungen zwischen Dr. Wirth und Dr. Eisele rein privater Natur seien. Dr. Eisele sei kein Beamter, sondern nur Vertragsangestellter. Außerdem sei ihm privatjournalistische Betätigung als Nebenbeschäftigung gestattet.

Auf die politische Seite der Angelegenheit geht der bayerische Ministerpräsident in seiner Antwort mit keinem Worte ein, obgleich doch allein um ihretwillen die Öffentlichkeit sich an dem Fall interessiert gezeigt hat. Die Ursache für diese Drückbergerei liegt zweifellos darin, daß die bayerische Reaktionsregierung und besonders ihre volksparteilichen Mitglieder zu den schwersten Gegnern Dr. Wirths gehören und in dieser Eigenschaft natürlich nichts unternehmen, was irgendwie einer Verteidigung des ehemaligen Reichszentralrats, und sei sie noch so selbstverständlich, gleichkäme.

## Der Sejm einberufen.

Er soll aber nicht über Politik debattieren dürfen.

Warschau, 8. September. (Eigenbericht.)

Der polnische Staatspräsident hat, dem Wunsch der Abgeordneten in der von der Verfassung vorgeschriebenen Weise folgend, die außerordentliche parlamentarische Session zum 13. September einberufen. Damit ist aber die Aufnahme der Tätigkeit des Parlaments an diesem Termin noch keineswegs gewährleistet. Infolge der auf alle mögliche Weise ausgedehnten polnischen Verfassung bedarf es zur Eröffnung der ersten Parlamentssitzung noch eines besonderen Dekrets des Staatspräsidenten. Wann dieses Dekret erlassen werden wird, entzieht sich bisher der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Der Regierungskreis nahestehende „Bios Prawdy“ erzählt, daß die erste Sitzung am 22. September stattfinden wird, doch ist es wahrscheinlich, daß die Regierung vor Anfang Oktober die verfassungsgemäße Tätigkeit des Parlaments zu verhindern suchen dürfte. Im Oktober wird die Regierung dem Parlament die Haushaltsvorlage für das letzte Quartal zur Bestätigung überreichen. Nur in dem Falle, daß die Abgeordneten sich verpflichten werden, neben der Erledigung des Budgets keinerlei andere Fragen zu berühren, wird die Regierung die Session tatsächlich eröffnen. Es steht außer Zweifel, daß die Regierung eine Ablehnung des Pressedekrets und sonstige von dem Sejm geplanten regierungsfeindlichen Maßnahmen auf keinen Fall zulassen und gegebenenfalls zur Auflösung des Parlaments und zur Ausschreibung von Neuwahlen schreiten wird.

In den Gerichten Deutschbaltens tragen auch die Schöffen den Richtertalar und der Verteidiger hat genau so wie der Staatsanwalt ein Gerichtsschild. Sehr bezeichnende Unterschiede gegen Deutschland und wenigstens äußerliche Bekundung voller Gleichberechtigung.

Kein politischer Hintergrund des Dresdener Attentats. Nach einer Pressemitteilung des amerikanischen Generalkonsuls in Dresden, haben sich keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß das Attentat auf den Konsulatssekretär Stöger auf politische Gründe zurückzuführen sei.

## Hermann, der Befreier.

Von Hans Bauer.

Das ist gar zu lustig, wenn der Spießer pathetisch wird. Joachim Ringelbach hat den Tonfall, den er dann annimmt, ein paar mal köstlich getroffen: in einem Turngedicht zum Beispiel, in dem es so recht lodenpoppig und lungenstark heißt: Wir grüßen euch mit Herz und Hand, ihr wackeren Brüder aus Süd-, West-, Mittel- und Norddeutschland. Ich wüßte eine herrliche neue Aufgabe für den Schöpfer des Mittel Daddelbau. Er sollte sich mal daranmachen, die Hymne der Deutschen Wirtschaftspartei zu verfassen. Ungefähr so: In der Faust tragen wir das heilige Banner des kleinen Gewerbestandes und der Gemüschändler. Wir sind die einzig bevollmächtigte Interessenvertretung der deutschen Mittelständler!

Die Deutsche Wirtschaftspartei hat jetzt in Hamburg ihren siebenten Reichsparteitag abgehalten. Da ist natürlich sehr viel von Zwangswirtschaft, Steuern, Einfuhrzöllen und anderen handgreiflichen und trockenen Lebensrealitäten die Rede gewesen, aber man soll nicht glauben, daß der beleuernde Schwung so ganz gefehlt habe. Schon der Willkommengruß, den der Landesverband Hamburg an die Delegierten gerichtet hatte, ist geradezu poetisch. Wie ist zunächst einmal die Anrede der Wirtschaftsparteiler? „Guten Tag, Standesfreund Müller!“ — „Guten Tag, Standesfreund Meier!“ — „Wohin, Standesfreund Müller?“ — „Aufs Gericht, Standesfreund Meier, sonen Burschen ermitteln lassen.“ — „Natürlich! Der Stand macht's! Auf den Stand kommt es an! Wer nicht vom Stand ist, hat keinen Stand bei ihnen. Na, und die Standesfreunde werden zu nichts Geringerem eingeladen, als mitzuarbeiten am... bitte sehr: „am Dom des deutschen Mittelstandes“. Ein schönes Wortbild. Ein feierliches Wortbild. Es verleiht nicht so recht die ganze Erhabenheit der hausbesitzerlichen Kulturideale, die dem heiligen Ziel der Zwangswirtschaft zuzustreben. In diesem Sinne wird von besagtem Dome denn auch des weiteren ausgeführt, daß das ganze deutsche Vaterland die gewaltige mittelständlerische Bewegung spüre und daß es gelte, mit neuer Kraft und zähen Vollen ins neue Jahr mittelständlerischen Schaffens zu steuern. Aber mit nichten vergißt der Ruf über der Verherrlichung der hohen wirtschaftsparteilichen Ziele die Verklärung seiner leitenden Persönlichkeiten und vom ersten Vorstehenden der Partei wird es einmal offen herausgesagt, daß er ein „Bannerträger“ sei und „Hermann, der Befreier des deutschen Mittelstandes“ genannt zu werden verdiene. Als Hermann der Befreier war uns bislang nur jener wackere Oberster gefällig, der den Anlaß zu dem schönen Lied vom Teutoburger Walde gab. Da wird uns nun hier vor Augen geführt, daß auch die gegenwärtigen Zeitsläufe noch edle Heiden gestalten hervorbringen vermögen: wahrhafte

Befreierfiguren, die eben nur, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, es unternehmen, von der Fessel behördlicher Steuermaßnahmen und reichsgelehrter Notenregulierung, statt von der fremden Eroberertrümern zu erlösen. Aber auch hier weht der Atemschlag weltgeschichtlicher Größe.

Manch einer möchte nun wohl freilich meinen, daß die Wirtschaftspartei zwar für ernsthafte und bejahrte Bürger eine rechte Heimstatt der Gefühle abgeben könne, daß sie aber gewissermaßen nichts Rechtes für den stürmischen Ueberchwang der Jugend sei. Hier ist allerdings zuzugeben, daß deren Temperament im allgemeinen mehr die leidenschaftlichen und weltumspannenden Ideale des Sozialismus als die etwas nüchternen Bestrebungen des Hausbesitzerstandes zu entsprechen scheinen. Indessen gibt es denn doch auch eine bestimmte Jugend, die sich hingereißt fühlt von den Ideen der mittelständlerischen und kleingewerbeständlichen Weltanschauung; es ist die in einem Reichsverband zusammengeschlossene „Bürgerjugend“, die diesem Parteitag lebhaft gratulierte. Man wird annehmen dürfen, daß sie, mit der ganzen Anbrunst ihrer jungen Jahre, wenn es sein muß, auch ihr rotes Herzblut hinzugeben bereit ist für die Aufhebung des § 7 Absatz 3 des Reichsmittelstandsgesetzes.

Theatergemeinde mit dem Hakenkreuz. Schon wieder einmal hat sich in Berlin eine neue Theatergemeinde etabliert, die unter ihrem Werbepostel mit Namen von Generalen und Admiralen a. D. aufwartet. Man weiß also von vornherein, woher der Wind weht. Gestern abend hielt dieses Grüppchen, das den Namen „Großdeutsche Theatergemeinschaft“ führt, eine Werbeversammlung im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses ab, eingebüllt in die Atmosphäre traulicher, deutschnationaler Hausfrauenvereine. Die Redner: Prof. Spahn, Klara Rende, Redakteur Köhn und ein Führer nationaler Jungmännerei sprachen gegen die Entstellung und die Verbalschwerierung der Berliner Theater. Hinter diesen hochtönenden Worten verbarg sich aber nichts weiter als ein schlüssiger Antisemitismus und Antisozialismus, denn die Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen Leopold Jehner und gegen seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei. Nun: die Gemeinde wird vom 1. Oktober ab im Wallnertheater herrliches, arisches Theater spielen. Auf eine Zwischenfrage, woher die Gelder zu diesem Unternehmen stammten, herrschte bekommene Schweigen. Man kennt ja die Wunderschöpfung dieser jäh national gebärdenden Herrschaften, auf deren Phrasengebümmel kein Proletarier hineinfällt und noch viel weniger auf ihre Einladung zu einem neuen, arischen Theater. —

Ein neues Mineral? Auf der Halbinsel Kola soll durch den russischen Professor Borjsov ein neues Mineral entdeckt worden sein, das er „Kefelin“ nannte und dessen Vorkommen auf der Halbinsel Kola auf 30—50 Millionen Tonnen geschätzt wird. Im Kermischen Institut in Leningrad wurden, wie gemeldet wird, bereits erfolgreiche Versuche angestellt, aus dem Kefelin in Verbindung mit Sand und Kreide Glas herzustellen, das bedeutend billiger als unzerstörbares Glas ist. Da wirz in der Architektur einer immer stärkeren Benutzung des Glases entgegengehen, wäre seine Verbilligung durch Benutzung des neu entdeckten Minerals besonders erfreulich.

## Prinz Wilhelms Sieg.

Noch lebt der Gott der Hohenzollern! Der Kaiserentel, schwer gekränkt, hat alles, dank den ehrfürchtvollern Berichten, wieder eingekriegt.

Sein Bild, das — heiliges Entfalten! — auf dem Domela-Buch geprängt, ist schleunigst wieder auszukragen, Wie es sein Königtum verlangt.

Beil einerseits der Weltgeschichte Bisher der Prinz nicht angehört, Und andererseits ihn das Gesicht Domelas neben seinem starr.

Rein Prinz, man tat dem Recht Genüge: Du paßt nicht neben jenen Gent, Well — gegen seine — deine Jüge, Ein wenig unintelligent!

Rich. v. Lindenheiden.

Gymnastische Vorführung der Bode-Schule. Gymnastikvorführungen finden heute in der Großstadt ihr Publikum. Sie haben nicht mehr, wie vor einigen Jahren, als „Gymnastik“ und „rhythmisches Turnen“ Rodemorte waren, überfüllte Säle, aber sie sind fast ausnahmslos gut besucht. Auch anlässlich des Abends der Bode-Schule im Blühner-Saal ließ sich das wieder feststellen. Dr. Rudolf Bodes Gymnastik gehört zu den Schönten, mit denen man von vornherein sympathisiert, wenn man ihre Vertreterinnen sieht. Bei diesen Frauen — weshalb werden eigentlich Gymnastikvorführungen fast ausnahmslos von Frauen gebracht? — möchte man von einer Heiterkeit der Körper sprechen. Und nur das Gymnastiksystem hat tiefsten Sinn, das die Menschen zu dieser fröhlichen Bewusstheit des physischen Ichs zu führen vermag. Denn wenn nicht diese glückliche innere Ausgeglichenheit erreicht wird, so bleibt die äußere Ausgeglichenheit oberflächliches Schablonenwerk. Friedrich Medau, der erstechlich unpathetisch einführende Worte zu der Vorführung sprach, betonte das Ziel der Bode-Gymnastik: die Entwicklung jeder Bewegung aus den Schwerpunktszentren des Körpers — also Mitarbeit des ganzen Körpers bei jeder Bewegung. Aus dieser Harmonie der Bewegung soll sich der harmonische Mensch gestalten. Die Übungen, sinnvoll und ästhetisch schön, wurden von Schülerinnen des Berliner Bode-Seminars ausgeführt. —

Tuberkulose-Helmsäule G. m. b. H. Eine Siedlungsstation von Tuberkulosekranken in Nordbavaria, die vor einigen Jahren mit verhältnismäßig geringem ökonomischen Aufwande gegründet worden ist, hat sich durch die gemeinsamen organisierte Erwerbsarbeit ihrer Insassen allmählich so gefestigt, daß sie jetzt als Erwerbsgesellschaft mit ausreichendem Kapital ins Handelsregister eingetragen werden konnte. Die Siedlung wird praktisch ganz von den Kranken selbst verwaltet, die durch kunstgemäße Arbeiten eine kleine Duzende und durch Beschäftigung von Führern in Völkerschritt ein ausreichendes gemeinsames Einkommen gesichert haben.

Eine Internationale Tagung der Museumsbeamten findet in Hamburg vom 11. bis 16. September statt.



# Die „Old Glory“ war zu schwer.

## Die Ursachen des Unglücks.

Ueber die Kollision der „Old Glory“ wird aus New York gemeldet, daß 31 Dampfer, die sich in jenem Gebiet befanden, sich mit Vollkraft nach der Unfallstelle wendeten. Das Flugzeug war seit vierzehn Stunden unterwegs, als es ins Meer stürzte. In seinen Funksprechern hatte Berkud immer die außerordentliche Schwere seines Apparates betont, die ihm offenbar nicht erlaubt hat, dem Anwerter durch Aufsteigen in größere Höhen auszuweichen. Seit dem Verlassen des amerikanischen Festlandes schwebte der Radioapparat der „Old Glory“, und das Notsignal wurde automatisch von dem zweiten Radioapparat gegeben, der für den Notfall eingebaut war. Auf das Notsignal folgten kurz die örtlichen Angaben: Fünf Stunden östlich von Neufundland. Das amerikanische Marineamt stellt fest, daß das Notsignal in einem Sturmgebiet ausgesendet wurde. Ergänzende Berichte der Schiffe lassen erkennen, daß die Flieger einen nördlicheren Kurs eingeschlagen haben als beabsichtigt war. Der holländische Flugzeugkonstrukteur Fokker drückt die Ueberzeugung aus, daß die „Old Glory“ sehr niedrig geflogen sei, als sie in den Sturm geriet. Wenn sich Verlust in gewisser Höhe befunden hätte, wäre es ihm ein Leichtes gewesen, im Gleitflug aufs Meer niederzugesinken und so Zeit zu gewinnen, in seinen Funksprechern die genaue örtliche Lage anzugeben. Fokker schreibt den Sturz ins Meer einem Motordefekt zu. Wenn es dem Flieger gelungen sei, die Benzinbehälter zu leeren, was in 48 Sekunden geschehen könne, und wenn das Meer nicht zu stürmisch gewesen sei, so könnte sich der Apparat noch lange auf dem Wasser halten und Hilfe abwarten.

## Der Unflug der Sport-Ozeanflüge.

Man muß nun, nachdem das Suchen nach der „Old Glory“ vergeblich gewesen ist, endgültig mit ihrem Verlust rechnen. Die glückliche Ueberquerung des Nordatlantik durch Lindbergh hat ein wahres Begeisterungsüber die große Wasserwüste hervorgerufen. Die allgemeine Begeisterung über diese ersten glücklich verlaufenen Flüge war durchaus verständlich. Sie entsprang der reinen Begeisterung für eine sportliche Leistung. Daß diese sportlichen Leistungen möglich waren, wußte man schon seit Jahren. Jeder Flieger, mit seinem fliegenden Benzinfaß, denn etwas anderes sind diese Flugzeuge nicht, mußte von vornherein mit einem Risiko rechnen und mit dem Tode rechnen. Inzwischen haben eine Reihe von Fliegern ihre Tollkühnheit mit dem Leben bezahlt und man sollte endlich daran denken, die Sportfliegerei über den Atlantik einzustellen. Wie gemeldet wird, planen die kanadische sowohl auch die australische Regierung, Ozeanflüge mit ungeeigneten Maschinen zu verbieten. Das erscheint durchaus vernünftig und anerkenntswert. Auch andere Länder, nicht zuletzt Deutschland, sollten sich auf den Standpunkt stellen, daß selbst das glückliche Ueberqueren

des Ozeans im günstigsten Falle eine Klamme für die betreffenden Flugzeugfirmen darstellt, eine Klamme, die außerordentlich teuer bezahlt wird. Von Belieben mögen nun solche Ozeanflüge zugelassen werden, die mit absolut festlichen Flugbooten unternommen werden, die auch im Falle eines Sturmes eine gewisse Sicherheit für das Leben der Flieger und ihrer Begleiter verbürgen.

Als Ergebnis der bisherigen Ozeanflüge kann man wohl sagen, daß die bisher gebräuchlichen Maschinen für einen praktischen Ozeanflugverkehr völlig ungeeignet sind. Es scheint so, als ob jetzt nicht mehr die Flieger, sondern die Konstrukteure das Wort haben sollten. Vielleicht müssen ganz neue Wege im Flugzeugbau beschritten werden, die es ermöglichen, mit wesentlich geringerem Energieverbrauch größere Leistungen als bisher zu erzielen. Unsere wirtschaftlich denkende Zeit kann sich damit nicht zufrieden geben, daß Flugmaschinen fliegen und auf relativ kurzen Strecken auch Ladung und Passagiere zu befördern vermögen, sondern sie hat das Recht zu fordern, daß die Fliegerei technisch und organisatorisch so gestaltet wird, daß die Gesellschaften mit Tarifen arbeiten können, die es ermöglichen, auch ohne staatliche Subventionen den Flugbetrieb aufrecht zu erhalten. Tatsächlich wird von ernsthaften Flugzeugkonstrukteuren an diesem Problem gearbeitet, und wie es scheint, auch mit Erfolg gearbeitet. Wie aus Wien gemeldet wird, ist es dem bekannten Flugzeugkonstrukteur Wels, dem Schöpfer der berühmten „Laupe“ gelungen, Schwingenflieger im Modell herzustellen, die mit außerordentlich hohem Kuppelwert arbeiten, so daß sie etwa eine 12- bis 15mal so große Leistung vollbringen können, wie die bisherigen Flugzeuge. Die außerordentlich günstigen Modellflugversuche sollten Veranlassung geben, sich mit diesem Problem ernsthaft zu beschäftigen. Sollte der angegebene Wirkungsgrad zutreffen, so bedeutete das eine völlige Neugestaltung des gesamten Flugzeugwesens, die auch die Wirtschaftlichkeit des Flugbetriebes mit sich bringen würde.

Wie jedoch aus dem Reichsverkehrsministerium bekannt wird, besteht dort leider die Absicht, kühnen Sportlern, die eine große Tat wagen wollen, nicht in die Arme zu fallen. Eine gewisse Rücksicht dazu würde das Ministerium durch Verweigerung der Zulassungsurkunde haben, die stets auf Grund erneuerter Prüfung des Flugzeugs in der Untersuchungsanstalt zu Adlershof ausgestellt werden muß. Das Ministerium hält es nur für seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht beim Aufstieg überbelasteter Flugzeuge dritte zu Schaden kommen.

Diese Stellungnahme ist im Hinblick auf die praktische Wertlosigkeit der sportlichen Ozeanflüge sehr zu bedauern. Fast könnte man es bei dieser Sachlage begrüßen, daß die schlechte Witterung auf dem Atlantik für die nächste Zeit Ozeanflüge von Europa nach Amerika unmöglich macht. Vielleicht bringt das Warten in der Prüfungszeit auch bei den verantwortlichen Stellen die Erkenntnis, daß Ozeanflüge auf einer ganz anderen Basis als bisher vorbereitet werden müssen.

# Erfinderkampf gegen Bürokratismus.

## Ein Beleidigungsprozeß.

Fast hat es sich schon zu einer Art Gewohnheitsrecht bei der deutschen Justiz ausgewachsen, daß, sobald Offiziere der Reichswehr oder Reichsmarine in ein Gerichtsverfahren verwickelt sind, sich gleich zum Anfang der Vertreter der Staatsanwaltschaft erhebt, um wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“ den Ausschluß der Öffentlichkeit zu beantragen. So war es auch gestern, als sich der Oberingenieur Hoeden vor dem Schöffengericht in Moabit wegen fortgesetzter Beleidigung aus §§ 185 und 186 des Reichsstrafgesetzbuches zu verantworten hatte. Beleidigt waren verschiedene hohe Herren aus der Marineleitung, so Admiral Zenker, Kapitän Clausen, Kapitän z. S. Ringel, Korvettenkapitän Altvater und Diplomingenieur Albrecht. Der Angeklagte hatte während der Jahre 1925 und 1926 für die Reichsmarine an einer Erfindung gearbeitet, die mit dem ja auch bei der deutschen Seemacht üblichen Schießen zusammenhängt. Obwohl nun bei der ganzen Verhandlung diese Erfindung in ihren technischen Einzelheiten nicht mit einem Worte erwähnt zu werden brauchte, genügte dieser „die Staatsicherheit gefährdende“ Umstand dem Staatsanwalt, seinen Antrag vorzubringen. Er kam diesmal an die falsche Adresse. Der Verteidiger, Genosse Kurt Rosenfeld, wies mit schlagenden Gründen nach, daß von einer Gefährdung der Staatsicherheit überhaupt nicht die Rede sein könne und daß er bei einer Annahme des Antrags die Rechtsgültigkeit der Verhandlung anzuzweifeln in der Lage sein würde. Auch das Schöffengericht konnte sich dem nicht verschließen, so daß der Vorsitzende als Beschluß die „vorläufige“ Zulassung der Öffentlichkeit verkündete.

Der Fall selbst liegt in kurzen Zügen so: Als der Angeklagte bei der Ausrüstung des Apparates den veritablich festgelegten Termin nicht einhalten konnte, setzte man ihn im Reichsmarineamt kurzerhand vor die Tür. Als er kurz darauf mitteilte, daß er den Entwurf eines Apparates fertiggestellt habe, der praktischer und billiger sein würde als die bisher vorgelegten Entwürfe, stellte man ihm mit, daß man es ablehne, „aus persönlichen und sachlichen Gründen von seinem Entwurf Kenntnis zu nehmen“. Dies brachte den Ingenieur in Harnisch, und er schrieb Briefe an Herrn Geßler, den Admiral Zenker und andere Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, die in der Form ohne Zweifel über das zulässige Maß hinausgingen, in der Sache aber sicherlich manches Richtige enthielten. Er meinte, dem Korvettenkapitän Altvater pflichtwidriges Verhalten und mangelnde Objektivität vorwerfen zu dürfen, weil dieser eben aus persönlichen Gründen von seinem Entwurf keine Kenntnis nehmen wollte. Hatte doch Hoeden einige Monate zuvor in einer Beschwerde gegen Altvater Recht bekommen. Das Reichsmarineamt ging noch weiter: Es brachte dem auf die Straße gesetzten, mit seiner Familie hungernden Ingenieur die Reichsanwaltschaft auf den Hals und beschuldigte ihn des verächtlichen Betratts militärischer Geheimnisse. Selbst die Reichsanwaltschaft — was doch wahrhaftig viel sagen will — hat inzwischen Hoeden aus der Haft entlassen müssen. Durch ein Strafmädchen wurde der Angeklagte auf Veranlassung des Marineamts auf seine Ausgaben hin beobachtet!

Die Verteidigung beantragte, als Zeugen den Untersuchungsrichter im Strafverfahren gegen Hoeden und den Chef der Marineleitung Zenker zu laden. Das Gericht lehnte ab. Auch verzichtete es auf den größten Teil der Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt sprach kurz, aber ungeschicklich. Er machte es sich sehr einfach, indem er nach einem oberflächlichen Plädoyer den Antrag auf zwei Monate Gefängnis stellte. Der Verteidiger beleuchtete die Angelegenheit ausführlich. Er wies nach, daß es in der Tat Pflicht der Marinebehörde gewesen wäre, auf Grund der Bestimmungen und auf Grund jeder Ueberlieferung den Entwurf Hoedens unter allen Umständen zu prüfen. Persönliche Gründe hätten in solchen Fällen überhaupt nicht mitzusprechen. Außerdem stehe dem Angeklagten unzweifelhaft der Schutz des § 193 zu: Wenn jemals berechtigte Interessen zu wahren gewesen wären, so in diesem Falle, wo ein Mann, dessen wissenschaftliche Bedeutung selbst der Zeuge Altvater anerkannt hätte, nach seiner subjektiven Ueberzeugung zu Unrecht auf die Straße gesetzt wurde und nun für sein Wohl und Wehe und um das tägliche Brot von Frau und Kindern gekämpft hätte. Formale Beleidigungen lägen vor, das sei aber auch alles!

Das Gericht verurteilte den Angeklagten aus §§ 185 und 186 zu 3000 Mark Geldstrafe. Nach der Urteilsbegründung war die Marineleitung auf der ganzen Linie im Recht. Außerdem hatte man es nicht für nötig gefunden, auf den § 193, der von der Wahrung berechtigter Interessen spricht, auch nur mit einer Silbe einzugehen.

# Munitionsexplosion in einem Keller.

## Feuer in einer Gummifabrik.

In dem Heizungskeller des Grundstücks Jägerstr. 59/60 ereignete sich heute vormittag eine Munitionsexplosion, bei der zwei Arbeiter erhebliche Brandwunden erlitten. Beim Verlegen von Heizröhren, wozu ein Schweißapparat verwendet wurde, geriet ein Schrot, in dem Jagdmunition lagerte, in Brand. Plötzlich ertönte ein lauter Knall. Die Munition war explodiert und mehrere Stichflammen schlugen heraus. Die beiden Arbeiter wurden von den Flammen erfaßt und erheblich verletzt. Die alarmierte Feuerwehr löschte den Brand nach kurzer Zeit. Die Verletzten wurden von der Feuerwehr zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde.

Mit der Bekämpfung eines sehr gefährlichen Feuers waren die Spandauer Wehren gestern nacht in den Gummikellern von Runge, in der Lazarusstraße 19 zu Spandau, längere Zeit beschäftigt. Durch Kurzschluss wurde eine unbedachte Benzoleitung, die zu großen Behältern führt, in denen Gummi aufgelöst wird, in Brand gesetzt. Die Flammen griffen auf einen gefüllten Behälter über, dessen Inhalt explosionsartig ausluderte. Ein in der Nähe beschäftigter Arbeiter wurde von einer hervor-schießenden Stichflamme erfaßt; er trug erhebliche Brandwunden davon. Glücklicherweise gelang es ihm noch, den brennenden Raum zu verlassen. Dem tatkräftigen Eingreifen der Wehren unter Leitung des Baurates Jemlow ist es zu verdanken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Der verletzte Arbeiter mußte in das Spandauer Krankenhaus übergeführt werden.

# Die Kommunisten im Freidenkerverband.

## Fraktionsarbeit auf höhere Weisung.

Die Zellenleitung des 6. Bezirks der Kommunistischen Partei entsendet an ihre Gesinnungsgenossen im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung folgende Einladung:

Werte Genossen! Alle Mitglieder der Freidenkerafraction müssen unbedingt am Donnerstag, dem 8. September, zu einer um 19 Uhr im Lokal „Rätklicher Hof“, Admiralstr. 18c, stattfindenden Fraktionsversammlung aller im Freidenkerverband organisierten K.P.D.-Genossen anwesend sein. Erscheinen muß jeder K.P.D.-Genosse, da die Tagesordnung sehr wichtig ist. Mit komm. Gruß! Zellenleitung Gruppe C, 6. Bezirk.

Diesemigen Mitglieder des Freidenkerverbandes, die bisher schwer bekehrbar waren, daß die sogenannte „Opposition“ zellenbildnerischen Charakter nach den Weisungen der Parteizentrale besitzt, werden durch diesen neuen Beweis vielleicht doch etwas zum Nachdenken angeregt werden.

Für unsere Genossen ergibt sich die Pflicht, mehr als bisher auf der Hut zu sein und in den Veranstaltungen des Freidenkerverbandes der schädigenden Fraktionsarbeit der Kommunisten entgegenzutreten.

**Tödlicher Motorradunfall.** Auf der Potsdamer Chaussee wurde gestern nacht der 23jährige Motorradfahrer Walter Klie aus der Gleditschstraße 9 zu Schöneberg von einem vorüberfahrenden Automobilisten mit schweren Verletzungen bewußtlos aufgefunden. Wenige Meter davon, an einem Chausseebaum, lag das völlig zertrümmerte Kraftfahrzeug. Der Verunglückte wurde in das Spandauer Krankenhaus überführt, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung an den Folgen eines Schädelbruchs und innerer Verletzungen starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

**„Geperlte Chausseure.“** In unserer Ausgabe Nr. 410 vom 31. August brachten wir unter dem Titel „Geperlte Chausseure“ einen Bericht, in dem wir uns in scharfer Weise über die Geschäftspraktiken der Berliner Motorradfahrer Betriebs-Gesellschaft äußerten. Wir erhalten nun von der Geschäftsleitung der Firma eine Zuschrift, in der behauptet wird, daß die Firma völlig korrekt gehandelt habe. Die Zuschrift entspricht den Anforderungen des Pressegesetzes für eine Berichtigung in keiner Weise; sie „widerlegt“ Dinge, die wir gar nicht behauptet haben, und geht an dem Kern dessen vorbei, was wir sahen. Zu einem Rückzug unsererseits liegt keinerlei Anlaß vor.

# Das Schicksal Wilhelm Filchners.

## Kein Opfer der Tibetener?

Vom deutschen Generalkonsulat in Kalkutta ist eine Depesche eingelaufen, daß nach den Auskünften der dortigen Regierungsstellen eine Ermordung des deutschen Forschungsreisenden Filchner bisher nicht bestätigt ist. Es handelte sich wahrscheinlich um ein falsches Gerücht, darauf zurückzuführen, daß andere Reisegesellschaften von Kanadiern und Nordamerikanern in der Nähe der tibetianischen Grenze ausgeraubt worden sein sollen. In der weiteren Klärung wird gearbeitet, doch ist es infolge der großen Entfernung Tibets von Kalkutta schwierig, Nachrichten zu erhalten.

# Im D-Zug ermordet.

## Paris, 8. September.

Gestern abend gegen 10½ Uhr ist im Schnellzug Paris—Bozlogne in der Nähe des Bahnhofes St. Just ein Verbrechen verübt worden. In einem Abteil 1. Klasse tötete ein außerordentlich aufgeregter Passagier einen Bankbeamten durch Messerstiche und warf die Leiche zum Abteilfenster hinaus. Im Kampfe mit verschiedenen anderen Passagieren, die den Mörder fesseln wollten, verletzte er noch drei weitere Personen und entkam durch einen Sprung aus dem Zuge. Nach dem „Matin“ soll zwischen dem Getöteten und dem Mörder ein heftiger Wortwechsel stattgefunden haben, der zu einem Kampf führte.

Der Vortrag der Frau Katin Michaels, der für heute abend um 7.30 Uhr im Programm der Funkstunde angelegt war, muß wegen Erkrankung der Vortragenden ausfallen. Dafür spricht um 7.30 Uhr Ministerialrat Dr. Kurt Haengschel über die Internationale Pressekonferenz des Völkerbundes in Genf.

# Ein seltsamer Todesfall.

## Der gefesselte Steuerpraktikant.

Unter seltsamen Umständen wurde gestern abend ein junger Mann in dem Hause Alt-Moabit 137 tot aufgefunden. Der 25 Jahre alte Steuerpraktikant Hans-Kurt Apian-Bennewitz, der Sohn eines Apothekenbesizers in Annaberg im Erzgebirge, zog im Juli d. J. als Untermieter zu einer alten Dame, die früher Generalstabsoffiziere auf das Dolmeischergemäse vorbereitete.

Bennewitz war im Auswärtigen Amt beschäftigt und wollte sich der Laufbahn der Konsulatssekretäre widmen. Wie er seiner Birtin erzählte, fand seine Untersuchung auf Trependienstfähigkeit bevor. Bennewitz war ein lebenslustiger, heiterer und hoffnungsvoller Mensch. Am Dienstag abend kam er zur gewohnten Zeit nach Hause und war vergnügt wie immer. In seinem ganzen Wesen war keine Spur einer Veränderung zu merken. Am Mittwoch morgen um 7½ Uhr wollte die Birtin ihm wie immer den Kaffee bringen. Auf ihr Klopfen erhielt sie jedoch keine Antwort. Sie dachte, daß der junge Mann mit dem Ankleiden noch nicht fertig sei und ihr Klopfen überhört habe und stellte deshalb das Tablett vor die Tür. Später fand sie es noch da stehen und nahm jetzt an, daß Bennewitz sich verschlafen und in der Eile ohne Kaffee weggegangen sei und abgeschlafen habe. Erst am Abend, als er zur gewohnten Zeit nicht heimkehrte, schöpfte sie Verdacht. Jetzt sah sie genauer zu und fand nun, daß der Schlüssel von innen in dem Schloße steckte. Sie benachrichtigte die Polizei. Beamte des Reviers konnten die Tür mit dem alten Schloß leicht öffnen und fanden den jungen Mann tot im Bette liegen. Sie alarmierten die Reserveromordkommission, die Kommissare Johannes Müller und Rasso, die mit mehreren Beamten und dem Gerichtsarzt Dr. Weimann bald erschienen. Der Leiche lag auf dem Bauch mit dem Gesicht tief in das Kopfkissen gedrückt. Das Deckbett war vollständig über ihn weggezogen. Zu ihrer Uebertragung fanden die Beamten eine seltsame Fesselung. Der rechte Arm war ausgestreckt mit einem breiten Leibriemen über die Brust an den Körper angechnallt. Ähnlich war die rechte Hand

an den Oberarmen angechnallt. Der linke Arm dagegen war vollständig frei. Eine weitere Untersuchung ergab, daß Bennewitz einmal einen Schulterbruch gehabt hat und deshalb eine orthopädische Schulterstütze trug. Spuren äußerer Gewalt wurden von dem Gerichtsarzt am ganzen Körper nicht gefunden. Die Todesursache konnte der Arzt nicht feststellen, wahrscheinlich aber ist der junge Mann in dem Kopfkissen erstickt. Ob dabei eine andere Person ihre Hand im Spiel gehabt hat, läßt sich nicht ohne weiteres bejahen oder verneinen. Für einen Selbstmord fehlt jede Veranlassung. Die sonderbare Fesselung erklärt sich vielleicht ganz harmlos. Bennewitz mag sie wohl jeden Abend vorgenommen haben, um seine Schulter vor einer etwaigen neuen Verletzung während des Schlafes zu schützen. Die Leiche wurde nach genauer Aufnahme des Befundes beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Die Obduktion wird wohl nähere Aufklärung bringen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, hatte Bennewitz in Berlin keine Angehörigen, sein Vater wurde benachrichtigt. Mitteilungen, die nach zur Aufklärung beitragen können, an die Kommissare Johannes Müller und Rasso im Zimmer 179 des Polizeipräsidiums.

## Er wollte „ein Feuerchen“ machen!

Durch einen häßlichen Brandgeruch wurden heute morgen um 3¼ Uhr die Angehörigen eines 28 Jahre alten Schöllers Reinhold D. aus der Berliner Straße in Lichterfelde aus dem Schlaf gemerkt. Sie sahen nach und fanden den Mann in der Küche schwer betrunken an „einem kleinen Feuerchen“. Wie er sagte, war ihm bei der Heimkehr von seiner Bierreise sehr kalt gewesen. Da hatte er in der Küche Holzspäne, Zeitungspapier und Lumpen zusammengefaßt, auf dem Fußboden aufgehäuft und angezündet, um sich „ein bißchen zu wärmen“. Die Angehörigen konnten das Feuer leicht löschen, bevor es Schaden angerichtet hatte.



# Moskau ließ die Maske fallen.

Vor dem Ende des anglo-russischen Komitees.

Edinburg, 8. September. (Eigenbericht.)

Der Generalkrat der Gewerkschaften übergab am Mittwoch den Delegierten den ganzen Wortlaut der russischen Antwort auf das britische Memorandum vom 27. Juli über die Aufrechterhaltung des anglo-russischen Komitees und die Förderung gemeinsamer englischer und russischer Gewerkschaftsinteressen, die am 3. September eintraf. Die Antwort stellt eingangs „fest“, daß die Veröffentlichung des britischen Memorandums in einem Augenblick, in welchem die britische Regierung gegen Sowjetrußland einen Krieg vorbereitet, ein Beweis dafür sei, daß der Generalkrat einen Abbruch der anglo-russischen Beziehungen plane, um „die konterrevolutionäre Regierung dabei zu unterstützen, ihre militärischen Vorbereitungen ungehindert fortzusetzen“.

Die russische Antwort versucht dann den Nachweis zu erbringen, daß der britische Generalkrat die gemeinsamen Bemühungen des anglo-russischen Komitees seit April sabotiert habe und abgesehen hiervon in allen die Arbeiterklasse und den Weltfrieden betreffenden Fragen eine „verräterische Politik“ verfolgt habe.

In diesem Zusammenhang werden heftige Ausfälle gegen den IGB gemacht. Die Übertragung des russischen Vorschlags der Bekämpfung der Kriegsgefahr an den IGB. hätte bedeutet, dieser Angelegenheit ein erstklassiges Begräbnis angedeihen zu lassen. Das Aushängeschild: „IGB.“ verberge

eine slymale Clique reformistischer Reaktionäre,

geführt von dem kapitalistischen Bakain Dudgeest, hinter dessen Rücken die Drahtzieher Sassenbach und Velpart ständen. Die Russenantwort betont ferner, gegen das britische Memorandum polemisierend, es sei heiliges Recht der Russen, die britische Bewegung zu kritisieren und schließlich mit der Bezeichnung der Handlungsweise des Generalkrats als kriminell und drückt die Hoffnung aus, diese Tiefs der sogenannten Führer der britischen Gewerkschaften würden von den britischen Massen verurteilt werden.

## Ein illegaler Arbeitsnachweis.

Butt u. Co. und die Submissionsbedingungen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Da ich ohne Arbeit bin und die städtischen Arbeitsnachweise nur spärlich Arbeit vermitteln, wurde mir von einem Freunde eine Adresse gegeben und gesagt, da ich Arbeit genügend zu erhalten. Es war die Adresse des Reichsbundes vaterländischer Arbeitervereine, Brandenburgstr. 57.

Man fragte mich dort, ob ich 2,00 M. habe; als ich dies bejahte, wurde ich eingetragen, erhielt eine Mitgliedskarte mit zwei schwarzweissen Karten. Der Leiter dieses Nachweises ist der Herr Major a. D. Rolke. Leute wurden angefordert von der Witropa, Rosenthal, A.G., Karlsruhe-Industrie-Werke, Stodt, Siemens, Dr. Paul Meyer, Apothekerverband und von Butt u. Co., Eichenberg. „Wer zu uns kommt,“ sagte Rolke, „bekommt auch Arbeit,“ als eine Frau jögerte, den Betrag von 2,00 M. zu zahlen.

Ich wurde mit 23 Leuten nach Lichterberg zur Firma Butt u. Co. geschickt. Dort mußten wir uns an den ersten Betriebsrat wenden. Wir gaben die Mitgliedsbücher ab und wurden zur Arbeit eingeteilt. Nun hielt der Herr Betriebsrat folgende Ansprache:

„Ihr müßt fest zusammenhalten. Zwei habe ich heute rausgeworfen, weil sie ein Plakat des IGB. abgerissen haben. Wer von den alten Leuten da nicht innerhalb 14 Tagen dem IGB. beitrifft, der fliegt. Ich will nur noch IGB.-Leute haben. Wenn dort was vorkommt, so wendet euch an mich; ich schütze euch.“

Ich verließ wurde zur Beuststraße eingeteilt; da sagte dieser famose Herr: „Ihr wendet euch an Herrn Reich; wenn dort eine Keilerei vorkommt, für jeden Schlund bezahle ich einen Taler.“

Die Firma Butt u. Co. ist ein Unternehmer, der Straßenbauarbeiten für die Stadt Berlin ausführt. Hat denn die dafür verantwortliche Stelle der Stadt Berlin keine Ahnung, was das für eine Firma ist? Wer nicht dem IGB. angehört, wird nicht eingestellt, und wer jetzt nicht innerhalb 14 Tagen diesem Seelenfängerunternehmen beitrifft, fliegt raus.

Die Arbeiter aber, die dem IGB. beitreten, tun das zu 90 Proz. nicht aus Überzeugung; sie wollen Arbeit haben, und diese Seelenfänger pressen sie in den IGB. hinein. Es wird Zeit, daß die dafür verantwortlichen Stellen diesem Unternehmer das Handwerk legen.“

Wir haben die Angaben des Einleiters nachgeprüft und festgestellt, daß sie in allen Punkten stimmen. Es ist uns bekannt, daß sich auch das Landesarbeitsamt mit dem illegalen Arbeitsnachweis der Gelder befaßt. Wir hoffen, daß die erforderlichen Schritte unverzüglich unternommen werden.

Den zuständigen städtischen Behörden, die über die Einhaltung der „Allgemeinen Bedingungen der Stadt Berlin für Vergütung, Ausführung und Berechnung von Bauleistungen“ zu wachen haben,

Der britische Generalkrat begleitet die Weitergabe dieser russischen Antwort an den Kongress mit der Feststellung, er sei, wenn auch widerstrebend, zu der Überzeugung gekommen, daß die Russen keinerlei Absicht hätten, das Statut des anglo-russischen Komitees einzuhalten.

„Unter diesen Umständen ist der Generalkrat der Meinung, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem allrussischen Gewerkschaftsrat keinen Sinn

habe, solange dessen gegenwärtige Einstellung und Politik andauert und daß der allrussische Gewerkschaftsrat dementsprechend unterrichtet werde.“

Da der Kongress nach der Bekürde der Russenantwort die Auffassung des Generalkrats zweifellos teilen wird, ist für Donnerstag mit einer nominalen Suspendierung des anglo-russischen Komitees mit dem Abbruch der Beziehungen zu rechnen.

## Eine Rede Macdonalds.

Ramsay Macdonald hielt gestern in Edinburg eine Rede, worin er erklärte, daß die Aktion der Regierung gegen das englische Gewerkschaftswesen absolut keine Berechtigung habe. Der Kongress werde wieder einmal beweisen, daß die Gewerkschaften in England vollauf sozialistische, aber keineswegs kommunistische Ideen haben. Sozialismus und Kommunismus könnten nicht miteinander vereinigt werden. Die Gewerkschaften seien selbstverständlich antikapitalistisch, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Kapitalismus bei der Aufgabe, die ihm anvertraut wurde, Schiffbruch erlitten habe. Er stelle sich die Frage, ob der Kapitalismus der Herr oder der Diener der Menschheit sein solle. Die Gewerkschaften seien dem Kapital nicht feindlich gesinnt, wohl aber dem Kapitalismus, was nicht das gleiche sei.

empfehlen wir die Firma Butt u. Co. ganz besonders. Auch für diese Firma, auch wenn sie die Arbeiten für die Berliner Straßenbahn ausführt, gelten die Vorschriften des § 13 Ziffer 2 dieser Bedingungen, wonach Arbeiter durch den städtischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße zu beziehen sind. Der Stempel dieses Arbeitsnachweises und die Verletzung der Allgemeinen Bedingungen hat schon zu lange gedauert.

## Schiedspruch für die Zigarettenindustrie Berlins.

Am Mittwoch, dem 7. September, hat der Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des Schlichters Wessel in Sachen des Arbeitgeberverbandes der Zigarettenindustrie und des Kartells der Arbeitnehmer der Zigarettenindustrie folgenden Schiedspruch gefällt:

„Die bestehenden Löhne werden ab 1. September um 5 Proz. erhöht. Ab 1. Dezember tritt eine Erhöhung um weitere 3 Proz. ein. Dieses Abkommen kann erstmalig zum 31. März 1928 gekündigt werden. Erklärungsfrist bis zum 14. September.“

## Vertreterversammlung des AFA-Ortskartells.

Bericht vom Pariser IGB-Kongress.

Am 3. September hielt das AFA-Ortskartell Berlin seine dritte diesjährige Vertreterversammlung ab. Der Vorsitzende Flatau erstattete den Arbeitsbericht über die Monate April bis August. Er ging insbesondere auf die Betriebsratsarbeit ein sowie auf die Tätigkeit, die mit der technisch-organisatorischen Auswertung des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zusammenhängt. Von 196 Berliner Arbeiterräten aus Angestelltenkreisen gehören 80, von 72 Berliner Landesarbeitsräten aus Arbeitnehmerkreisen 13 dem AFA-Ortskartell an. Am Hinblick auf die im November zu erwartende Wahl zur Angestelltenversicherung wurde im Hinblick auf den Bericht einstimmig ein aus der Mitte der Versammlung heraus gestellter Antrag angenommen, der die Notwendigkeit betonte, den engen kameradschaftlichen Zusammenhalt der AFA-Gewerkschaften bei der kommenden Wahl zur Geltung zu bringen.

In seinem Bericht über den IGB-Kongress in Paris hob der Bundesvorsitzende Wilhelm Stühr vor allem die Schwierigkeiten hervor, die den Kongressberatungen bereitet wurden, sowie die Gründe, die zu den in der Öffentlichkeit eingehend erörterten Entscheidungen führen mußten. Im besonderen wurden auch das erfolgreiche Wirken der deutschen Delegation und die Beratungsergebnisse des Ausschusses dargelegt, der die Angestelltenfragen behandelte, vor allem die Berücksichtigung der offiziellen Vertretung der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten in den einzelnen Landeszentralen.

Diese Ausführungen wurden wirksam ergänzt durch die Ausführungen von Greis Sehnert über die Pariser Internationale Arbeiterinnenkonferenz, an der sie als AFA-Vertreterin teilgenommen hatte. Die knapp zusammengefaßten, sehr instruktive Darstellung zeigte deutlich die Notwendigkeit der Mitwirkung der weiblichen Angestellten bei solchen Beratungen.

An die sehr heizig ausgenommenen Vorträge schloß sich eine Diskussion, in der die besonderen internationalen Verbindungen der Angestellten berührt wurden.

## Verhandlungen im Braunkohlenbergbau.

Nachdem die Bergarbeiterverbände ihre Lohnforderungen an den Arbeitgeberverband für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eingeleitet haben, sind die Lohnverhandlungen bereits für morgen, Freitag, den 9. September, in Berlin anberaumt worden. Hoffentlich werden die berechtigten Ansprüche der Arbeiter dabei gehörig gewürdigt, so daß die Arbeiter nicht etwa gezwungen werden, ihren Forderungen auf andere Weise Geltung zu verschaffen. — Daß die „Opposition“ ihre besonderen Forderungen stellt, deren Durchführung sie der Organisation überlassen will, das gehört eben zur „Einheitsfront“.

## Der Eisenbahnerstreik in Queensland.

Wie aus Melbourne gemeldet wird, sehen die Eisenbahner den Streik im Staate Queensland fort. Auch mehrere andere Gewerkschaften, vor allem die Dock-er, drohen damit, in einen Sympathiestreik zu treten. Die Verproviantierung in den Städten ist schon außerordentlich schwierig geworden, so daß überall Automobilverkehr von den Behörden organisiert werden soll.

Der australische Premierminister Bruce erklärte, daß die Krise durch verhältnismäßig wenige Extremisten herbeigeführt worden sei, die versuchten, die australische Industrie zu zerstören und die Arbeiter zu ruinieren. Es handele sich meistens um Ausländer. Die Staaten (Neuseeland usw.) müßten gemeinsam mit Australien anerkennen, daß Australien keine ausländischen Extremisten brauche. Wenn er seinen Willen durchsetzen könnte, würde er sie aus Australien hinauswerfen.

Diese Krähwinkelerei hat Heinrich Heine schon gekennzeichnet. Damit wird der Bewegung kaum beizukommen sein.

Gewerkschaft Deutsches Volkstheater, Propaganda-Verband Berlin, nächste Sitzung Sonnabend, 10. September, 19½ Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 10. Stellungnahme zur Hauptversammlung und Hauptvorstandsbesitzung am 12. und 13. September in Berlin. „Wir kämpfen wie alle Lehrgewerkschaft gegen Reichstagsbeschlüsse und Konfiskation“ Referent Kollege Ausländer. Besetzung: Referent Kollege Wollong, Verschiedenes. Die Kollegen Jorns und Fiabe vom G.A. sind anwesend.

# Wirtschaft

## Konjunkturschwung in Amerika?

Wir haben schon einmal auf die Wahrscheinlichkeit hingewiesen, daß sich in den Vereinigten Staaten eine Wirtschaftskrise vorbereitete. Die kürzlich erfolgte New Yorker Diskontherabsetzung ist denn auch als vorwiegend konjunkturpolitischer Maßnahme gedeutet worden. In dieselbe Richtung weisen folgende Äußerungen des bekannten amerikanischen Volkswirtschaftlers Leonhard P. Ayres:

„In der wirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten machen sich seit einiger Zeit deutlich Anzeichen einer beginnenden Ermüdung bemerkbar. Die Geschäftstätigkeit geht, wie die verschiedensten Anzeichen deutlich erkennen lassen, zurück. Am charakteristischsten dafür ist die Fülle des Geldmarktes, dem Anlagemöglichkeiten fehlen. Während sonst die Zinssätze des Geldmarktes mit Herannahen des Herbstes zu steigen beginnen, geben sie in diesem Jahre unanfechtlich nach. Die Ursache dafür ist nicht etwa in einer übermäßigen Geldzufuhr zu suchen, sondern vielmehr in der zunehmenden Arbeitslosigkeit und in der Senkung des Preisniveaus. Der Geldbedarf zur Finanzierung der Handelsumsätze ist infolgedessen geringer. Das ist auch der Grund, weswegen der Geldumlauf sich in nicht unbeträchtlichem Umfange verringert hat. Die Abschlußverhältnisse auf dem amerikanischen Markt haben sich sehr verschlechtert. Die große Zahl der im ganzen Lande leerstehenden Wohnungen hat zur Folge, daß die Wohnungsmieten ununterbrochen sinken. Aus den für das erste Halbjahr 1927 bereits veröffentlichten Abschüssen geht hervor, daß das Groß- und Kleinhandels-Geschäft in diesem Jahre mit geringeren Profitten gearbeitet hat als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ausnahmen machen nur wenige Großkonzerne. Es erscheint wenig wahrscheinlich, daß eine Besserung der Verhältnisse im Laufe des zweiten Halbjahres eintreten wird.“

In den Vereinigten Staaten war bisher in diesem Jahre ein auffallender Rückgang in der Gründungsaktivität zu beobachten. In den ersten 7 Monaten sind nach den Berechnungen des „Journal of Commerce“ nur 3142 Millionen Dollar in Neugründungen investiert worden gegen 7655 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 5498 Millionen 1925. Das in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Nachlassen der Unternehmungskraft ist nach Ansicht amerikanischer Wirtschaftler als ein Zeichen der vorsichtigen Beurteilung der gegenwärtigen Konjunkturaussichten, sowie der Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse anzusehen.

Europäische Studiengesellschaft für Rationalisierung. Als Ergebnis langer Verhandlungen in diesem Sommer ist in der Schweiz mit dem Sitz in Zürich die erste festländische Arbeitsgemeinschaft zum Studium der Rationalisierung in Europa gegründet worden. Die Studiengesellschaft ist dem amerikanischen Studienverband der Fabrikanten in Massachusetts nachgebildet worden. Anläufe zu derartigen Studiengesellschaften gab es bereits in England, wo eine ganze Reihe von Verbänden nach dieser Richtung tätig sind. Die Gründung in der Schweiz beginnt die Arbeiten im Rahmen von sieben, nicht im Weltgewerbe stehenden Firmen und hat als Thema für die erste Reihe ihrer Versammlungen die Frage des Einkaufs und der Inventuraufnahme gewählt.

Verantwortlich für Politik: Richard Dienkeil; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schlimm; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Fortwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Eisenstraße 2.

# TOTAL-AUSVERKAUF

Wegen vollständiger Aufgabe des Herrngarderoben-Spezialgeschäftes Gertraudenstraße 24. Das gesamte vorrätige Lager und die noch im Auftrag befindlichen Waren müssen in ganz kurzer Zeit vollständig ausverkauft werden. Es gelangen zum Verkauf mehrere Tausende feinste

modernste fertige Herren-Anzüge, Mäntel, Hosen usw.

Die Preise sind rücksichtslos herabgesetzt, zum Teil weit unter Einkaufspreis!

Blaue und farbige Herren-Jackett-Anzüge, Tanz-, Smoking-, Frack-Anzüge, Herren-Herbst- und Winter-Mäntel, Herren-Loden- und Gummi-Mäntel, gestreifte Herren-Kammgarnhosen, Konfirmanten-Anzüge, Jünglings- und Knaben-Anzüge und Mäntel

Benutzen Sie diese beispiellos günstige Gelegenheit zum Einkauf Ihres Herbst- und Winterbedarfs. — Kommen Sie möglichst vormittags. — Riesen-Auswahl.

# Herrenbekleidung Gertraudenstr. 24

gegenüber der Petrikirche